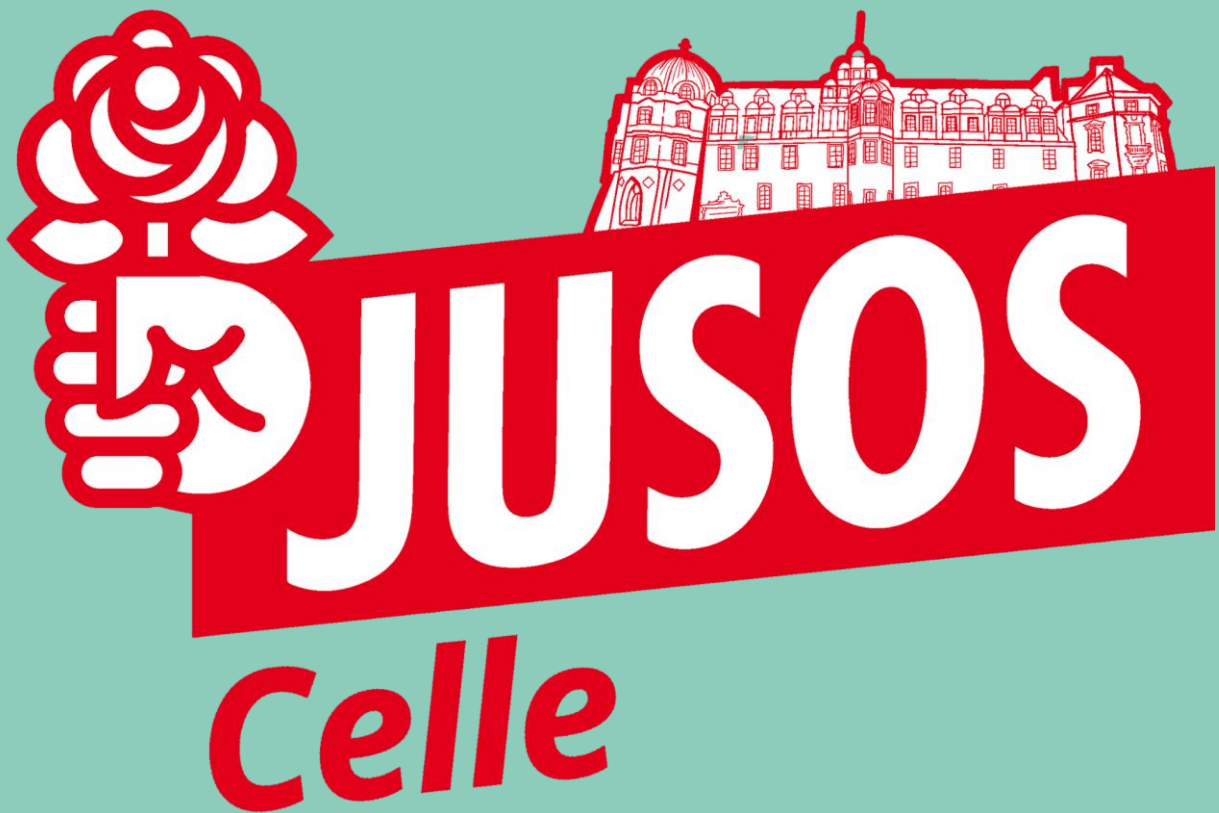


**BESCHLUSSBUCH  
ZUR UNTERBEZIRKSKONFERENZ  
DER JUSOS IM UNTERBEZIRK CELLE  
AM 24.FEBRUAR 2024**



Antragsschluss: 16.02.2023

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Ini-Initiativanträge .....</b>	<b>4</b>
Ini1- Getränke und Essen bei Veranstaltungen der Celler Jusos .....	4
<b>A-Arbeit .....</b>	<b>6</b>
A1 Erhöhung des Mindestlohns auf 15€.....	6
A2 Auszahlung von Kurzarbeitergeld an Arbeitnehmer, die von Arbeitskampfmaßnahmen seitens der Arbeitgeber betroffen sind, ohne selbst am Streik beteiligt zu sein.....	7
A3 Reform der Einkommenssteuer: Entlastung von Geringverdienern, Belastung von.....	8
A4 Besteuerung von Gewinnen aus Finanzgeschäften analog zu Arbeit .....	9
<b>R-Recht .....</b>	<b>10</b>
R1 Waffenrecht endlich konsequent umsetzen .....	10
R2 Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit koppeln .....	12
R3 Änderung Art. 20 GG .....	13
<b>S-Sonstiges .....</b>	<b>14</b>
S1 Stärkung des Ehrenamtes.....	14
S2 Mehr Durchsetzungsvermögen der SPD in der Ampelkoalition, insbesondere gegenüber der FDP .....	15
S3 Verpflichtende Faktenchecks bei Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR),.....	16
S4 Änderung der Niedersachsenflagge.....	17
<b>O-Organisation.....</b>	<b>18</b>
O1 Eröffnung der Roten Freitage durch den Celler Jusovorsitzenden mit rückwärts gesungenem.....	18
O2 Veranstaltung von 'Pizza und Politik' mit der neuen Bundestagsabgeordneten und Ehren Juso .....	19
O3 Vorantreiben der Digitalisierung durch die Einführung von Online-Anträgen für alle Bereiche.....	20
<b>M-Mobilität .....</b>	<b>21</b>

M1 Verbot der Boni-Auszahlung an den Bahnvorstand der Deutschen Bahn vor Erreichen einer .....	21
M2 Auflösung der Deutschen Bahn AG und Umwandlung in einen Staatsbetrieb zur Stärkung des Bahnverkehrs .....	22
M3 Dauerhafte Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern sicherstellen .....	23
<b>Sa-Satzung .....</b>	<b>24</b>
Sa1 Einführung von Beisitzer*Innen.....	24
<b>W-Wirtschaft .....</b>	<b>25</b>
W1 Stärkung von Genossenschaften.....	25
W2 Kein Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn: Keine Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren .....	26
<b>F-Finzen.....</b>	<b>27</b>
F1 Schaffung eines Deutschen Staatsfonds nach dem Vorbild des Norwegischen	27
F2 Abschaffung der Schuldenbremse .....	28
<b>Soz-Soziales .....</b>	<b>29</b>
Soz1 Stärkung des Bürgergeldes.....	29
Soz2 Bessere Anrechnungsregeln von Gehalt zur Verringerung der Anrechnung auf Sozialleistungen .....	30
Soz3 Reduzierung der Anzahl gesetzlicher Krankenkassen und Einführung einer allgemeinen Grundversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich Selbständiger, Beamter und Besserverdiener, während private Versicherungen nur noch als Zusatzversicherungen fungieren dürfen.....	31
Soz4 Einführung einer Einheitsrente für alle .....	32
Soz5 Abschaffung sämtlicher Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen .....	33
<b>I-Infrastruktur .....</b>	<b>34</b>
I1 Vollständige Glasfaserabdeckung bis 2030 mit einer Zielquote von 100% .....	34

## Ini-Initiativanträge

### Ini1- Getränke und Essen bei Veranstaltungen der Celler Jusos

Antragsteller\*in: Yannis Naumann

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis:  Angenommen (geändert)  Abgelehnt  
 Überwiesen an

- 
- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass das bei Veranstaltungen der
  - 2 Jusos im Unterbezirk Celle folgende Regeln bei der Versorgung gelten:
  - 3
  - 4 Getränke
  - 5 - Getränke dürfen nur in Mehrwegflaschen gekauft werden.
  - 6 - Keine Getränke der Marke Coca-Cola (Beschlussache).
  - 7 - Während der Veranstaltungen kein harter Alkohol.
  - 8 - Neben Softdrinks soll auch immer Wasser angeboten werden.
  - 9 Lebensmittel
  - 10 - Neben Süßwaren und Snacks soll auch immer Obst und Gemüse, möglichst re-
  - 11 gional, angeboten werden.
  - 12 - Kein Kauf von Produkten der Marke Nestlé.
  - 13 - Bei Angebot von fleischhaltiger Nahrung muss eine vegetarische, besser vegane
  - 14 Alternative angeboten werden.
  - 15 - Fleisch darf, egal ob als Teil eines Produkts oder einzeln, nur aus Haltungsform
  - 16 4 oder mit Bio-Siegel gekauft werden.
  - 17 - Beim Kauf von Lebensmitteln soll grundsätzlich darauf geachtet werden, dass
  - 18 die produzierenden Betriebe fair entlohnt und die Menschenrechte eingehalten
  - 19 werden. Dies kann durch bestimmte Siegel oder Herstellerangaben bescheinigt
  - 20 werden.
  - 21 - Die Versorgung soll grundsätzlich ausgewogen und gesund sein.
  - 22 Auf Veranstaltungen soll ein verantwortungsvoller Umgang mit Mensch, Tier und Um-
  - 23 welt an den Tag gelegt werden. Die Regeln gelten auf Juso-Veranstaltungen sowohl für

- 24 von den Jusos besorgte Lebensmittel & Getränke, als auch von Mitgliedern mitgebrach-
- 25 tes.
- 26
- 27 Begründung: erfolgt mündlich.

## **A-Arbeit**

### **A1 Erhöhung des Mindestlohns auf 15€**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

- 
- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die SPD sich für eine Erhö-  
2 hung des  
3 Mindestlohns auf 15€ einsetzen soll.  
4  
5 Begründung: Der Mindestlohn dient dazu, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor  
6 unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen und ein existenzsicherndes Einkommen  
7 zu gewährleisten. Die aktuelle Höhe des Mindestlohns von X Euro pro Stunde reicht je-  
8 doch oft nicht aus, um den Lebensunterhalt angemessen zu decken, insbesondere an-  
9 gesichts steigender Mieten und Lebenshaltungskosten. Daher fordern wir, dass der  
10 Mindestlohn auf 15€ pro Stunde erhöht wird. Diese Erhöhung würde nicht nur das Ein-  
11 kommen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern, sondern auch die  
12 Kaufkraft stärken und die soziale Ungleichheit verringern. Zudem würde sie dazu beitra-  
13 gen, die Würde der Arbeit zu wahren und den Respekt vor der Leistung jedes Einzelnen  
14 zu fördern. Die SPD als sozialdemokratische Partei sollte sich konsequent für eine ge-  
15 rechte Entlohnung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und den Min-  
16 destlohn auf ein Niveau anheben, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.  
17 Hinweis: Die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde wird  
18 von verschiedenen Gewerkschaften, sozialen Organisationen und politischen Gruppen  
19 unterstützt und findet breite Zustimmung in der Bevölkerung.

**A2 Auszahlung von Kurzarbeitergeld an Arbeitnehmer, die von Arbeitskampfmaßnahmen seitens der Arbeitgeber betroffen sind, ohne selbst am Streik beteiligt zu sein -zurückgezogen, Gesetzeslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass das Kurzarbeitergeld auch  
2 an Arbeitnehmer ausgezahlt werden soll, die von Arbeitskampfmaßnahmen seitens der  
3 Arbeitgeber betroffen sind, ohne selbst am Streik beteiligt zu sein.

4  
5 Begründung: In Arbeitskampfmaßnahmen seitens der Arbeitgeber können oft auch  
6 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer involviert sein, die nicht direkt am Streik beteiligt  
7 sind, aber dennoch unter den wirtschaftlichen Folgen leiden. Diese Personen könnten  
8 beispielsweise in Unternehmen arbeiten, die aufgrund des Streiks nicht mehr in vollem  
9 Umfang arbeiten können und daher Kurzarbeit anmelden müssen. Es ist unfair, dass  
10 diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Streikmaßnahmen des Arbeitge-  
11 bers finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, ohne selbst am Streik beteiligt zu sein.  
12 Daher fordern wir, dass das Kurzarbeitergeld auch an diese Personen ausgezahlt wird,  
13 um sie finanziell zu unterstützen und faire Bedingungen für alle Betroffenen zu schaffen.  
14 Diese Maßnahme würde dazu beitragen, die Solidarität unter den Arbeitnehmerinnen  
15 und Arbeitnehmern zu stärken und faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

### **A3 Reform der Einkommenssteuer: Entlastung von Geringverdienern, Belastung von Spitzenverdienern **-zurückgezogen, Beschlusslage-****

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die SPD sich für eine Re-
- 2 form der Einkommenssteuer einsetzen soll, die Geringverdiener entlastet und Spitzen-
- 3 verdiener stärker belastet.
- 4
- 5 Begründung: Die aktuelle Struktur der Einkommenssteuer trägt nicht ausreichend zur
- 6 Verringerung der sozialen Ungleichheit bei und belastet Geringverdiener überproportio-
- 7 nal stark. Um ein gerechteres Steuersystem zu schaffen und die Einkommensverteilung
- 8 in Deutschland auszugleichen, fordern wir eine Reform, die Geringverdiener entlastet
- 9 und Spitzenverdiener stärker zur Kasse bittet. Dies kann beispielsweise durch eine An-
- 10 hebung des Grundfreibetrags und niedrigere Steuersätze für niedrige und mittlere Ein-
- 11 kommen erreicht werden, während gleichzeitig höhere Steuersätze für Spitzenverdiener
- 12 und die Einführung einer Reichensteuer vorgesehen werden sollten. Eine solche Re-
- 13 form würde nicht nur die Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen stärken und die Ar-
- 14 mutsgefährdung verringern, sondern auch zusätzliche Einnahmen für wichtige öffentli-
- 15 che Investitionen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur generieren.
- 16 Hinweis: Eine Umverteilungspolitik, die auf eine gerechtere Besteuerung abzielt, ist ein
- 17 zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik und sollte daher konsequent vorange-
- 18 trieben werden, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu fördern.

## **A4 Besteuerung von Gewinnen aus Finanzgeschäften analog zu Arbeit -zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Besteue-
- 2 rung von
- 3 Gewinnen aus Finanzgeschäften analog zu Arbeit einsetzen soll.
- 4
- 5 Begründung: Aktuell werden Gewinne aus Finanzgeschäften oft niedriger besteuert als
- 6 Einkommen aus Arbeit. Dies führt zu einer Ungerechtigkeit im Steuersystem, da Ein-
- 7 kommen aus Kapital oft privilegiert werden und Arbeitseinkommen übermäßig belastet
- 8 werden. Um diese Ungleichheit zu korrigieren und das Steuersystem gerechter zu ge-
- 9 gestalten, sollte eine Besteuerung von Gewinnen aus Finanzgeschäften analog zu Ar-
- 10 beitseinkommen erfolgen. Dies bedeutet, dass Gewinne aus Finanztransaktionen ge-
- 11 nauuso wie Arbeitsentgelt besteuert werden sollten, wodurch eine faire Verteilung der
- 12 Steuerlast gewährleistet wird. Eine solche Maßnahme trägt zur Verminderung von Steu-
- 13 erungerechtigkeit bei und erhöht die finanzielle Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Dar-
- 14 über hinaus kann eine angemessene Besteuerung von Gewinnen aus Finanzgeschäf-
- 15 ten dazu beitragen, spekulative Finanzaktivitäten einzudämmen und langfristige Investi-
- 16 tionen zu fördern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Stabilität des Finanzsystems zu
- 17 erhöhen und die Wirtschaft nachhaltig zu stärken.

## **R-Recht**

### **R1 Waffenrecht endlich konsequent umsetzen**

Antragsteller\*in: Pascal Hemme

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Wir fordern:
- 2 Das deutsche Waffenrecht muss konsequent angewendet werden
- 3 So viele Waffen wie möglich aus den falschen Händen zu holen
- 4 Das Angebot an illegalen Waffen endlich einzudämmen
- 5 Die Schaffung einer zentralen Waffenbehörde
- 6 Bessere Kommunikation und Informationsfluss zwischen den Behörden
- 7 Erbende von Waffen direkt kontaktieren, anstatt auf ihre Mitwirkung zu hoffen
- 8
- 9 Begründung
- 10 In Deutschland ist die Zahl an Tötungen mit Schusswaffen mit durchschnittlich jährlich
- 11 150 Fällen gering. Dennoch ist jeder Fall einer zu viel. Anders als in den Vereinigten
- 12 Staaten haben wir allerdings kein Problem mit legalen Waffen. Ungefähr 95% der Tö-
- 13 tungen gehen auf das Konto von illegalen Waffen.
- 14 Illegale Waffen gibt es nach Schätzungen zwischen 30 bis 40 Mio. Stück in Deutsch-
- 15 land. Ein großer Teil sind alte Kriegswaffen aus dem Zweiten Weltkrieg die noch in Kel-
- 16 lern, Schränken und auf Dachböden herumliegen und von einer Generation an die
- 17 Nächste weitergegeben werden. Ein weiterer Teil sind ehemals legale Waffen, die von
- 18 verstorbenen Waffenbesitzer\*innen vererbt wurden und die von den Erb\*innen nicht ge-
- 19 meldet wurden und dadurch illegal werden. Es besteht eine Meldepflicht im Erbfall die
- 20 bei Missachtung mit einer Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Der Erbe kann die ge-
- 21 ererbte Waffe in seine Waffenbesitzkarte eintragen lassen, falls vorhanden, oder eine er-
- 22 halten, wenn er geeignet ist. Andernfalls muss er die Waffe auf eigene Kosten un-
- 23 brauchbar machen lassen oder verkaufen. Viele Erb\*innen scheuen den Aufwand und
- 24 die Kosten und so werden diese Waffen illegal. Ein weiterer großer Anteil an illegalen

25 Waffen kommt aus dem ehemaligen Ostblock und dem Balkan, gezielt für den deut-  
26 schen Schwarzmarkt und der Fluss hört nicht auf.

27 Für die ca. 5 Mio. legalen Waffen in Deutschland gibt es starke Gesetze, die viel erlau-  
28 ben. Von unangekündigten Kontrollen bis zum Waffenentzug bei Nichteignung sei es  
29 aufgrund schwerwiegender psychischer Erkrankung oder wegen Extremismus. Das  
30 Problem liegt in der Umsetzung. Für die Kontrolle der 5 Mio. legalen Waffen haben wir  
31 ca. 600 einzelne Behörden, die häufig unterbesetzt sind. Aufgrund der geringen Stellen-  
32 anzahl und dem hohen allgemeinen Verwaltungsaufkommen bleibt keine Zeit für Wei-  
33 terbildung für die Entzugsverfahren oder gar deren Durchführung. Auch für die Zusam-  
34 menarbeit mit anderen Behörden wie beispielsweise den Verfassungsschutz fehlt die  
35 Zeit.

• 36 So viele Waffen wie möglich aus den falschen Händen bekommen!

37 Dazu benötigen wir eine zentrale, spezialisierte Behörde. Ein Bundeswaffenamt könnte  
38 ein passender Name sein. Der Wegfall der ca. 600 Waffenbehörden würde die Kommu-  
39 nen sichtlich entlasten. Eine zentrale Behörde hätte auch die Ressourcen, um speziali-  
40 sierte Abteilungen aufzubauen, beispielsweise für den Entzug von Waffenerlaubnissen,  
41 der Bekämpfung des Waffenschwarzmarktes, der Kontaktierung der Waffenerben und  
42 es gäbe eine zentrale Behörde als Ansprechpartner für alle anderen Behörden für den  
43 nötigen Informationsaustausch. Nur mit einer zentralen Behörde können wir bestehen-  
44 des Waffenrecht auch konsequent anwenden.

45 Wir müssen verhindern, dass Waffen im den Schengenraum gelangen, dass kann nur  
46 durch eine Stärkung von Zoll und dem EU-Grenzschutz gelingen.

47 Das Problem sind nicht die Sportschütz\*innen und Jäger\*innen in Deutschland. Es sind  
48 die legalen und illegalen Waffen in den **falschen** Händen

## R2 Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit koppeln

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Unterbezirksvorstand

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die Steuerpflicht in Deutsch-  
2 land an die Staatsangehörigkeit gekoppelt werden soll.

3  
4 Begründung: Die aktuelle Praxis der Besteuerung beruht auf dem Wohnsitzprinzip, wo-  
5 nach Personen, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben, in der Regel in Deutschland  
6 steuerpflichtig sind. Diese Regelung führt jedoch dazu, dass Personen mit hoher Mobili-  
7 tät oder mit mehreren Wohnsitzen möglicherweise ihre Steuerpflicht umgehen können,  
8 indem sie ihren Hauptwohnsitz in Länder mit niedrigeren Steuersätzen verlegen. Indem  
9 wir die Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit koppeln, können wir sicherstellen, dass  
10 jeder Staatsbürger seinen fairen Beitrag zur Finanzierung des Staates leistet, unabhän-  
11 gig von seinem aktuellen Wohnsitz. Dies würde auch die Steuergerechtigkeit erhöhen  
12 und Steuerflucht erschweren. Hinweis: Diese Idee wurde bereits in anderen Ländern  
13 diskutiert und könnte ein effektiver Ansatz sein, um die Steuersysteme fairer und  
14 transparenter zu gestalten.

### R3 Änderung Art. 20 GG

Antragsteller\*in: Paul Stolte

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen das Wort Recht in GG-Artikel 20 IV durch
- 2 das Wort Pflicht ersetzt wird.
- 3
- 4 Begründung: Die Demokratie in der Republik ist in Gefahr durch die wiedererstarren
- 5 rechter Kräfte und ein Mittel dagegen anzukämpfen denke ich ist die Demokratischen
- 6 Kräfte in die Pflicht zu nehmen und die Verteidigung der Demokratischen und sozialen
- 7 Grundordnung durch die Schaffung einer neuen Bürgerpflicht zu gewährleisten. Das je-
- 8 der Bürger die Pflicht hat die freiheitlich Demokratische Grundordnung mit angemesse-
- 9 nen Mitteln zu verteidigen.

## **S-Sonstiges**

### **S1 Stärkung des Ehrenamtes**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, Maßnahmen zur Stärkung des
- 2 Ehrenamtes zu fordern.
- 3
- 4 Begründung: Das Ehrenamt spielt eine entscheidende Rolle in unserer Gesellschaft, in-
- 5 dem es wichtige soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten ermöglicht. Doch trotz sei-
- 6 ner Bedeutung wird das Ehrenamt oft nicht ausreichend gewürdigt oder unterstützt. Da-
- 7 her fordern wir, dass die Politik Maßnahmen ergreift, um das Ehrenamt zu stärken und
- 8 zu fördern. Dies kann durch verschiedene Maßnahmen geschehen, wie z.B. die Bereit-
- 9 stellung von finanziellen Mitteln für ehrenamtliche Projekte, die Schaffung von Anreizen
- 10 für ehrenamtliches Engagement, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ehren-
- 11 amtliche oder die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen durch staatliche Auszeich-
- 12 nungen. Durch die Stärkung des Ehrenamtes können wir die Vielfalt und Vitalität unse-
- 13 rer Gesellschaft erhalten und weiterentwickeln. Hinweis: Das Thema der Stärkung des
- 14 Ehrenamtes gewinnt zunehmend an Bedeutung in der öffentlichen Diskussion und ver-
- 15 dient daher eine umfassende politische Unterstützung.

## **S2 Mehr Durchsetzungsvermögen der SPD in der Ampelkoalition, insbesondere gegenüber der FDP**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die SPD in der Ampelkoali-  
2 tion mehr  
3 Durchsetzungsvermögen gegenüber der FDP zeigen soll.  
4
- 5 Begründung: Als sozialdemokratische Partei tragen wir eine Verantwortung, die Interes-  
6 sen der  
7 Menschen zu vertreten und sozial gerechte Politik zu gestalten. In einer Koalition mit  
8 der FDP ist es jedoch oft schwierig, unsere sozialen und progressiven Ziele durchzuset-  
9 zen, da die FDP oft eher wirtschaftsliberale Positionen vertritt. Daher fordern wir, dass  
10 die SPD in der Ampelkoalition entschiedener und kompromissloser für soziale Gerech-  
11 tigkeit, Umweltschutz und progressive Politik eintritt und sich dabei insbesondere ge-  
12 genüber der FDP behauptet. Dies bedeutet, dass die SPD klare Positionen vertritt, hart  
13 verhandelt und notfalls auch Kompromisse verweigert, wenn sie unseren Grundwerten  
14 widersprechen. Nur so können wir sicherstellen, dass die SPD ihre politischen Ziele in  
15 der Koalition wirksam durchsetzen kann und nicht von der FDP dominiert wird.
- 16 Hinweis: Die SPD hat eine lange Tradition als sozialreformerische Partei und sollte in  
17 einer Koalition mit anderen Parteien nicht ihre Prinzipien aufgeben, sondern für sie  
18 kämpfen

### **S3 Verpflichtende Faktenchecks bei Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), insbesondere wenn Politiker eingeladen werden**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für ver-
- 2 pflichtende
- 3 Faktenchecks bei Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) einsetzen
- 4 soll,
- 5 insbesondere wenn Politiker eingeladen werden.
- 6
- 7 Begründung: In einer Zeit, in der Desinformation und Fake News eine ernsthafte Bedro-
- 8 hung für die Demokratie darstellen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass der öf-
- 9 fentlich-rechtliche Rundfunk eine verantwortungsvolle Rolle bei der Aufklärung der Öff-
- 10 fentlichkeit spielt. Wenn Politiker in Sendungen des ÖRR auftreten, ist es wichtig sicher-
- 11 zustellen, dass ihre Aussagen auf Fakten basieren und nicht der Verbreitung von Fehl-
- 12 informationen dienen. Verpflichtende Faktenchecks können dazu beitragen, die Glaub-
- 13 würdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu stärken und das Vertrauen der Zu-
- 14 schauerinnen und Zuschauer in die journalistische Integrität zu erhöhen. Durch die Ein-
- 15 bindung unabhängiger Faktenprüfer können potenziell irreführende oder falsche Aussa-
- 16 gen identifiziert und korrigiert werden, bevor sie weiter verbreitet werden. Dies trägt
- 17 dazu bei, die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu verbessern und die Infor-
- 18 mationsqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Verpflichtende Fakten-
- 19 checks sind daher ein wichtiger Schritt, um die Demokratie zu stärken und Desinforma-
- 20 tion entgegenzuwirken.

## S4 Änderung der Niedersachsenflagge

Antragsteller\*in: Paul Stolte

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen die Hintergrund Farben bei der Niedersachsen
- 2 Flagge von Schwarz rot Gold zu Gold weiß zu ändern.
- 3
- 4 Begründung: Dies hat zum einen das Ziel die Regionale Identität des Bundeslands stärke
- 5 hervorzuheben und gegen Nationalistische Symboliken vorzugehen, um unser Ziel
- 6 des Internationalismus zu verwirklichen.

## **O-Organisation**

### **O1 Eröffnung der Roten Freitage durch den Celler Jusovorsitzenden mit rückwärts gesungenem Refrain der Internationalen**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass der Celler Jusovorsitzende
- 2 jeden Roten Freitag damit eröffnen muss, den Refrain der Internationalen rückwärts zu
- 3 singen.
- 4
- 5 Begründung: Die Internationale ist ein Symbol für die sozialistische Bewegung und steht
- 6 für Solidarität, Gerechtigkeit und den Kampf für eine bessere Welt. Indem der Celler
- 7 Jusovorsitzende jeden Roten Freitag den Refrain der Internationalen rückwärts singt,
- 8 wollen wir diese Tradition ehren und die Bedeutung dieses Liedes für unsere Bewegung
- 9 unterstreichen. Gleichzeitig soll dies auch eine kreative und humorvolle Art sein, unsere
- 10 Treffen zu beginnen und die Verbundenheit mit den Werten der sozialistischen Bewe-
- 11 gung zu zeigen. Wir glauben, dass dies dazu beitragen kann, unsere Roten Freitage zu
- 12 beleben und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Juso- Organisation zu
- 13 stärken. Hinweis: Diese Maßnahme soll nicht nur eine symbolische Geste sein, sondern
- 14 auch dazu beitragen, die politische Identität und Kultur der Jusos zu pflegen und zu för-
- 15 dern

## **O2 Veranstaltung von 'Pizza und Politik' mit der neuen Bundestagsabgeordneten und Ehren Juso Angela Homann**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass unsere nächste 'Pizza und
- 2 Politik'-
- 3 Veranstaltung mit der neuen Bundestagsabgeordneten und Ehren Juso Angela
- 4 Homann stattfindet.
- 5
- 6 Begründung: Angela Homann hat sich über viele Jahre hinweg als engagierte und kom-
- 7 petente Persönlichkeit in unserer Partei und Bewegung bewiesen. Ihre politischen An-
- 8 sichten und Erfahrungen können uns viel lehren und neue Perspektiven auf wichtige
- 9 Themen bieten. Durch die Einladung von Angela Homann zu unserer 'Pizza und Politik'-
- 10 Veranstaltung geben wir den Mitgliedern die Möglichkeit, direkt mit einer erfahrenen Po-
- 11 litikerin ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und Ideen auszutauschen. Gleich-
- 12 zeitig würdigen wir damit auch Angelas langjähriges Engagement für die Jusos und die
- 13 SPD. Ihre Teilnahme an unserer Veranstaltung würde zudem das Zusammengehörig-
- 14 keitsgefühl innerhalb unserer Organisation stärken und uns alle motivieren, uns weiter-
- 15 hin für unsere politischen Ziele einzusetzen.

### **O3 Vorantreiben der Digitalisierung durch die Einführung von Online-Anträgen für alle Bereiche -zurückgezogen, Gesetzeslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die konse-
- 2 quente Vorantreibung der Digitalisierung einsetzen soll, indem Online-Anträge für alle
- 3 Bereiche eingeführt werden.
- 4
- 5 Begründung: Die Digitalisierung bietet große Chancen, die Verwaltung effizienter und
- 6 bürgernäher zu gestalten. Die Einführung von Online-Anträgen ermöglicht es den Bür-
- 7 gerinnen und Bürgern, ihre Anliegen bequem von zu Hause aus zu erledigen, ohne
- 8 lange Wartezeiten oder Behördengänge in Kauf nehmen zu müssen. Dies führt zu einer
- 9 Entlastung der Verwaltung und einer Steigerung der Zufriedenheit der Bürgerinnen und
- 10 Bürger. Darüber hinaus trägt die Digitalisierung zur Modernisierung des Staates bei und
- 11 stärkt seine Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich. Wir fordern daher, dass
- 12 die SPD sich für die flächendeckende Einführung von Online-Anträgen in allen Berei-
- 13 chen einsetzt, von der Beantragung von Sozialleistungen über die Steuererklärung bis
- 14 hin zu Baugenehmigungen und anderen Verwaltungsangelegenheiten. Dies erfordert
- 15 neben Investitionen in die technische Infrastruktur auch Schulungen für die Mitarbeite-
- 16 rinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, um einen reibungslosen Übergang zur digitalen
- 17 Verwaltung zu gewährleisten. Eine konsequente Vorantreibung der Digitalisierung ist
- 18 ein wichtiger Schritt, um die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen und den Bür-
- 19 gerservice zu verbessern. Hinweis: Die Einführung von Online-Anträgen wird bereits in
- 20 vielen Bereichen erfolgreich praktiziert und sollte daher auch in anderen Bereichen kon-
- 21 sequent umgesetzt werden, um die Vorteile der Digitalisierung voll auszuschöpfen.

## **M-Mobilität**

### **M1 Verbot der Boni-Auszahlung an den Bahnvorstand der Deutschen Bahn vor Erreichen einer Pünktlichkeitsquote von mindestens 90%**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass dem Bahnvorstand der  
2 Deutschen Bahn Boni erst ausbezahlt werden dürfen, wenn die Pünktlichkeitsquote der  
3 Bahn mindestens 90% beträgt.

4  
5 Begründung: Die Pünktlichkeit der Deutschen Bahn ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal  
6 für den Service und die Zufriedenheit der Fahrgäste. Leider sind Verspätungen und  
7 Zugausfälle noch immer ein häufig auftretendes Problem, das den Alltag vieler Pendle-  
8 rinnen und Pendler beeinträchtigt. Um Anreize für eine Verbesserung der Pünktlichkeit  
9 zu schaffen, fordern wir, dass dem Bahnvorstand Boni erst dann ausbezahlt werden  
10 dürfen, wenn die Pünktlichkeitsquote der Bahn mindestens 90% erreicht. Dies würde  
11 sicherstellen, dass der Bahnvorstand ein echtes Interesse an der Verbesserung der  
12 Servicequalität hat und nicht von Boni profitiert, während die Pünktlichkeit der Züge wei-  
13 terhin unbefriedigend ist. Nur durch eine konsequente Ausrichtung der Boni an die  
14 Pünktlichkeitsquote können wir sicherstellen, dass die Deutsche Bahn ihr Versprechen  
15 der Zuverlässigkeit gegenüber den Fahrgästen einhält. Hinweis: Ein ähnliches Modell  
16 wurde bereits in anderen Unternehmen erfolgreich umgesetzt und könnte auch bei der  
17 Deutschen Bahn effektiv sein, um die Servicequalität zu verbessern.

## **M2 Auflösung der Deutschen Bahn AG und Umwandlung in einen Staatsbetrieb zur Stärkung des Bahnverkehrs**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Unterbezirksvorstand

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Auflö-
- 2 sung der Deutschen Bahn AG und die Umwandlung in einen Staatsbetrieb einsetzen
- 3 soll, um den Bahnverkehr zu stärken.
- 4
- 5 Begründung: Die Deutsche Bahn AG hat in den letzten Jahren immer wieder mit Proble-
- 6 men wie
- 7 Verspätungen, Zugausfällen und mangelnder Servicequalität zu kämpfen gehabt. Als
- 8 staatliches
- 9 Unternehmen ist die Bahn besser in der Lage, den Fokus auf den öffentlichen Auftrag
- 10 zu legen und die Interessen der Fahrgäste zu gewährleisten. Durch die Umwandlung in
- 11 einen Staatsbetrieb kann die Deutsche Bahn besser auf die Bedürfnisse der Fahrgäste
- 12 reagieren, Investitionen gezielter tätigen und langfristige Strategien zur Stärkung des
- 13 Bahnverkehrs entwickeln. Darüber hinaus kann ein Staatsbetrieb besser in die Schaf-
- 14 fung eines umweltfreundlichen und nachhaltigen Verkehrssystems investieren und so
- 15 einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Umwandlung der Deutschen Bahn in einen
- 16 Staatsbetrieb ist daher ein wichtiger Schritt, um den Bahnverkehr in Deutschland zu
- 17 stärken und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.
- 18 Hinweis: Die Idee einer staatlichen Bahn ist nicht neu und wird von verschiedenen politi-
- 19 schen und gesellschaftlichen Gruppen unterstützt. Eine Umwandlung in einen Staatsbe-
- 20 trieb könnte dazu beitragen, die Probleme der Deutschen Bahn zu lösen und den Bahn-
- 21 verkehr zukunftsfähig zu gestalten.

### **M3 Dauerhafte Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern sicherstellen**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz Juso-Bundeskongress SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die dauer-
- 2 hafte
- 3 Finanzierung des bundesweiten 49€-Tickets zwischen Bund und Ländern einsetzen
- 4 soll.
- 5
- 6 Begründung: Das bundesweite 49€-Ticket hat sich als ein wichtiger Beitrag zur Förde-
- 7 rung von klimafreundlicher Mobilität und zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs er-
- 8 wiesen. Es bietet vielen Menschen eine preiswerte Möglichkeit, innerhalb Deutschlands
- 9 zu reisen, und trägt zur Entlastung der Straßen und zur Reduzierung von CO2-Emissio-
- 10 nen bei. Um sicherzustellen, dass das 49€-Ticket langfristig bestehen kann und für alle
- 11 erschwinglich bleibt, ist eine dauerhafte Finanzierung zwischen Bund und Ländern er-
- 12 forderlich. Die SPD soll sich daher für eine solide finanzielle Grundlage einsetzen, um
- 13 das Ticket zu unterstützen und den Zugang zu bezahlbarer Mobilität für alle Bürgerin-
- 14 nen und Bürger sicherzustellen. Diese Investition in den öffentlichen Nahverkehr ist
- 15 nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch ein Schritt in
- 16 Richtung sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen in Deutsch-
- 17 land.
- 18 Hinweis: Das 49€-Ticket hat bereits positive Auswirkungen auf die Nutzung des öffentli-
- 19 chen
- 20 Nahverkehrs gezeigt und sollte daher langfristig erhalten bleiben und weiter ausgebaut
- 21 werden.

## **Sa-Satzung**

### **Sa1 Einführung von Beisitzer\*Innen**

Antragsteller\*in:                    Unterbezirksvorstand

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis:     Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass §15 der Juso Unterbezirkssat-  
2 zung nach Satz 1 um folgenden Satz ergänzt wird: „Auf Beschluss der Juso-Unterbe-  
3 zirkskonferenz kann eine festzulegende Anzahl von Beisitzer\*Innen gewählt werden.“  
4  
5 Begründung:  
6 Derzeit besteht unser Vorstand aus einem Vorsitz und x stellvertretenden Vorsitzenden.  
7 Um insbesondere neuen Jusos den Einstieg in die Vorstandsarbeit zu erleichtern, soll-  
8 ten Beisitzer\*Innen gewählt werden dürfen. Diese sind im Gesamtvorstand stimmbe-  
9 rechtigt, sind jedoch nicht Teil des geschäftsführenden Vorstands und übernehmen da-  
10 her grundsätzlich keine eigene Verantwortung.
  
-

## **W-Wirtschaft**

### **W1 Stärkung von Genossenschaften ~~-zurückgezogen-~~**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, Maßnahmen zur Stärkung von  
2 Genossenschaften zu unterstützen.

3

4 Begründung: Genossenschaften sind eine wichtige Säule der sozialen Marktwirtschaft  
5 und ermöglichen es den Menschen, gemeinsam wirtschaftlich aktiv zu sein und ihre In-  
6 teressen zu vertreten. Sie fördern die Selbstverwaltung, die demokratische Teilhabe  
7 und die Solidarität unter den Mitgliedern. Trotz ihrer Bedeutung werden Genossen-  
8 schaften oft vernachlässigt und finden nicht die angemessene politische Unterstützung.  
9 Daher fordern wir, dass die SPD sich für die Stärkung von Genossenschaften einsetzt,  
10 indem sie beispielsweise die Gründung von Genossenschaften finanziell unterstützt, die  
11 rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert und die Bildung und Beratung von Genos-  
12 senschaften fördert. Durch diese Maßnahmen können wir die Vielfalt und Widerstands-  
13 fähigkeit unserer Wirtschaft stärken, die demokratische Mitbestimmung fördern und den  
14 Gemeinschaftssinn in unserer Gesellschaft stärken. Hinweis: Genossenschaften spielen  
15 eine wichtige Rolle in verschiedenen Bereichen wie Wohnen, Energie, Landwirtschaft  
16 und Handwerk und tragen dazu bei, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu befriedi-  
17 gen und die regionale Wirtschaft zu stärken.

## **W2 Kein Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn: Keine Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen     Abgelehnt     Überwiesen an

---

- 1 Die Juso - Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die Deutsche Bahn Schenker nicht verkaufen soll und generell darauf achten soll, keine Gewinne zu privatisieren
- 2 und Verluste zu sozialisieren.
- 3
- 4
- 5 Begründung: Der Verkauf von Schenker durch die Deutsche Bahn würde nicht nur
- 6 einen wichtigen Teil des Unternehmens aufgeben, sondern auch bedeuten, dass die
- 7 Bahn wichtige logistische Kompetenzen und Ressourcen verliert. Dies könnte langfristig
- 8 die Leistungsfähigkeit der Deutschen Bahn beeinträchtigen und negative Auswirkungen
- 9 auf die Qualität der
- 10 Dienstleistungen haben. Darüber hinaus steht der Verkauf von profitablen Unterneh-
- 11 mensbereichen im Widerspruch zum Grundsatz, dass Gewinne nicht privatisiert und
- 12 Verluste sozialisiert werden sollten. Daher fordern wir, dass die Deutsche Bahn Schen-
- 13 ker nicht verkauft und stattdessen sicherstellt, dass alle Unternehmensbereiche langfris-
- 14 tig erhalten bleiben und für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Deutschen Bahn
- 15 genutzt werden. Hinweis: Der Grundsatz, keine Gewinne zu privatisieren und Verluste
- 16 zu sozialisieren, ist ein wichtiger Bestandteil einer gerechten und solidarischen Wirt-
- 17 schaftspolitik und sollte daher konsequent umgesetzt werden.

## **F-Finanzen**

### **F1 Schaffung eines Deutschen Staatsfonds nach dem Vorbild des Norwegischen -zurückgezogen, Gesetzeslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Schaf-
- 2 fung eines
- 3 Deutschen Staatsfonds nach dem Vorbild des Norwegischen einsetzen soll.
- 4
- 5 Begründung: Der Norwegische Staatsfonds, auch bekannt als der Ölfonds, ist ein er-
- 6 folgreicher Mechanismus zur langfristigen Verwaltung und Investition von Einnahmen
- 7 aus natürlichen Ressourcen. Er dient dazu, die Einnahmen aus dem norwegischen Erd-
- 8 ölsektor zu sichern und für künftige Generationen zu erhalten. Ein Deutscher Staats-
- 9 fonds nach diesem Vorbild könnte dazu beitragen, öffentliche Einnahmen langfristig zu
- 10 sichern und für die Zukunft zu investieren. Dieser Fonds könnte aus verschiedenen
- 11 Quellen gespeist werden, einschließlich Überschüssen aus dem Bundeshaushalt, Ein-
- 12 nahmen aus privatisierten Unternehmen oder Erlösen aus Umweltabgaben. Die Mittel
- 13 des Fonds könnten dann in eine breite Palette von Investitionen fließen, darunter Infra-
- 14 strukturprojekte, Bildung, Forschung und Entwicklung, um das langfristige
- 15 Wirtschaftswachstum und den Wohlstand zu fördern. Ein Deutscher Staatsfonds würde
- 16 nicht nur dazu beitragen, die Stabilität der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, son-
- 17 dern auch den
- 18 sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Hinweis:
- 19 Die Einrichtung eines Deutschen Staatsfonds wurde bereits von verschiedenen politi-
- 20 schen Akteuren und Experten vorgeschlagen und könnte eine wichtige Rolle bei der Si-
- 21 cherung der finanziellen Zukunft Deutschlands spielen.

## **F2 Abschaffung der Schuldenbremse -zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Abschaf-  
2 fung der  
3 Schuldenbremse einsetzen soll.  
4  
5 Begründung: Die Schuldenbremse hat sich in der Praxis als hinderlich für eine nachhal-  
6 tige und  
7 soziale Finanzpolitik erwiesen. Sie schränkt den Handlungsspielraum des Staates in  
8 wirtschaftlich schwierigen Zeiten unnötig ein und erschwert die Finanzierung wichtiger  
9 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Die Erfahrungen zeigen,  
10 dass die strikte Einhaltung der Schuldenbremse zu Sparzwängen führt, die die öffentli-  
11 chen Dienstleistungen beeinträchtigen und die soziale Ungleichheit verstärken. Durch  
12 die Abschaffung der Schuldenbremse kann der Staat flexibler auf Konjunkturschwan-  
13 kungen reagieren und gezielt investieren, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern  
14 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine solide Finanzpolitik sollte  
15 nicht allein auf die Vermeidung von Schulden, sondern vielmehr auf eine ausgewogene  
16 und nachhaltige Investitionspolitik ausgerichtet sein. Die Abschaffung der  
17 Schuldenbremse ist daher ein wichtiger Schritt, um die Handlungsfähigkeit des Staates  
18 zu erhalten und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.  
19 Hinweis: Die Schuldenbremse wird von vielen Experten und politischen Akteuren kriti-  
20 siert, da sie die notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes behin-  
21 dert. Eine Abschaffung der Schuldenbremse ist daher ein wichtiger Schritt zur Stärkung  
22 der Handlungsfähigkeit des Staates und zur Förderung einer nachhaltigen und sozial  
23 gerechten Finanzpolitik.

## **Soz-Soziales**

### **Soz1 Stärkung des Bürgergeldes -zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Stärkung  
2 des Bürgergeldes einsetzen soll.

3  
4 Begründung: Das Bürgergeld ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung des Existenzmini-  
5 mums und zur Bekämpfung von Armut. Es gewährleistet jedem Bürger und jeder Bürge-  
6 rin eine ausreichende finanzielle Basis, um ein menschenwürdiges Leben zu führen und  
7 am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jedoch ist das derzeitige Bürgergeld in vie-  
8 len Fällen nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt angemessen zu decken. Daher  
9 fordern wir eine Stärkung des Bürgergeldes, indem die Höhe an die aktuellen Lebens-  
10 haltungskosten angepasst und eine regelmäßige Indexierung vorgenommen wird. Zu-  
11 sätzlich sollten bürokratische Hürden abgebaut und der Zugang zum Bürgergeld er-  
12 leichtert werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen, die darauf angewiesen sind,  
13 es auch erhalten können. Eine Stärkung des Bürgergeldes ist nicht nur ein wichtiger  
14 Schritt zur Armutsbekämpfung, sondern auch ein Beitrag zur Stärkung des gesellschaft-  
15 lichen Zusammenhalts und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit. Hinweis: Die Ein-  
16 führung eines angemessenen und bedarfsgerechten Bürgergeldes ist ein zentrales An-  
17 liegen der Sozialdemokratie und sollte daher konsequent vorangetrieben werden, um  
18 allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

## Soz2 Bessere Anrechnungsregeln von Gehalt zur Verringerung der Anrechnung auf Sozialleistungen **-zurückgezogen-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für bessere  
2 Anrechnungsregeln von Gehalt einsetzen soll, um die Anrechnung auf Sozialleistungen  
3 zu  
4 verringern.  
5  
6 Begründung: Die derzeitigen Anrechnungsregeln von Gehalt auf Sozialleistungen füh-  
7 ren häufig  
8 dazu, dass Menschen, die zwar arbeiten, aber dennoch auf ergänzende Sozialleistun-  
9 gen angewiesen sind, nicht ausreichend unterstützt werden. Diese Anrechnung kann zu  
10 finanziellen Einbußen führen und die Motivation zur Aufnahme einer Beschäftigung be-  
11 einträchtigen. Daher fordern wir eine Überarbeitung der Anrechnungsregeln, um sicher-  
12 zustellen, dass das Gehalt weniger stark auf Sozialleistungen angerechnet wird. Dies  
13 könnte beispielsweise durch die Einführung höherer Freibeträge oder die Abschaffung  
14 von starren Grenzen erfolgen. Ziel ist es, dass Arbeit sich lohnt und Menschen, die ar-  
15 beiten, ein angemessenes Einkommen zur Verfügung steht, das nicht durch die Anrech-  
16 nung auf Sozialleistungen verringert wird. Eine bessere Anrechnung von Gehalt auf So-  
17 zialleistungen trägt zur Armutsbekämpfung bei und fördert die soziale Teilhabe und In-  
18 tegration von Menschen in Arbeit. Hinweis: Eine Reform der Anrechnungsregeln von  
19 Gehalt ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines gerechten Sozialsystems, das Arbeit  
20 und soziale Sicherheit miteinander verbindet und allen Menschen eine Perspektive bie-  
21 tet.

**Soz3 Reduzierung der Anzahl gesetzlicher Krankenkassen und Einführung einer allgemeinen Grundversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger, einschließlich Selbständiger, Beamter und Besserverdiener, während private Versicherungen nur noch als Zusatzversicherungen fungieren dürfen**  
**-zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Reduzie-  
2 rung der Anzahl gesetzlicher Krankenkassen und die Einführung einer allgemeinen  
3 Grundversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen soll, während private Ver-  
4 sicherungen nur noch als Zusatzversicherungen fungieren dürfen.

5  
6 Begründung: Das derzeitige System der Krankenversicherung in Deutschland ist kom-  
7 plex und unübersichtlich, was zu ineffizienten Verwaltungsaufwänden und ungleichen  
8 Versicherungsbedingungen führt. Um eine gerechte und effektive Gesundheitsversor-  
9 gung sicherzustellen, fordern wir eine Reduzierung der Anzahl gesetzlicher Kranken-  
10 kassen und die Einführung einer allgemeinen Grundversicherung, in die alle Bürgerin-  
11 nen und Bürger, einschließlich Selbständiger, Beamter und Besserverdiener, eintreten  
12 müssen. Diese Grundversicherung soll einen einheitlichen Leistungskatalog umfassen,  
13 der für alle Versicherten gleichermaßen gilt, unabhängig von ihrer individuellen finazi-  
14 ellen Situation oder beruflichen Stellung. Private Krankenversicherungen sollen nur  
15 noch als Zusatzversicherungen für zusätzliche Leistungen dienen und nicht die Grund-  
16 versorgung ersetzen können. Durch diese Reform streben wir eine Vereinfachung und  
17 Vereinheitlichung des Krankenversicherungssystems an, das allen Bürgern gleiche Zu-  
18 gangs- und Versorgungsmöglichkeiten bietet und die Solidarität innerhalb der Gesell-  
19 schaft stärkt. Hinweis: Ein ähnliches Modell wird bereits erfolgreich in anderen Ländern  
20 praktiziert und könnte auch in Deutschland dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung  
21 gerechter und effizienter zu gestalten.

## Soz4 Einführung einer Einheitsrente für alle

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Einfüh-
- 2 rung einer
- 3 Einheitsrente für alle einsetzen soll.
- 4
- 5 Begründung: Das derzeitige Rentensystem in Deutschland ist komplex und führt zu
- 6 Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten im Alter. Um eine gerechte und transparente
- 7 Rentenversorgung sicherzustellen, fordern wir die Einführung einer Einheitsrente für
- 8 alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer beruflichen Laufbahn, Beschäfti-
- 9 gungsart oder sonstigen individuellen Umständen. Diese Einheitsrente soll auf einem
- 10 solidarischen und generationenübergreifenden Finanzierungskonzept basieren, das
- 11 eine ausreichende und würdevolle Altersversorgung für alle gewährleistet. Durch die
- 12 Vereinfachung des Rentensystems und die Einführung einer Einheitsrente können büro-
- 13 kratische Hürden abgebaut und die Transparenz und Verständlichkeit der Rentenver-
- 14 sorgung erhöht werden. Dies trägt dazu bei, das Vertrauen in die staatliche Rentenver-
- 15 sicherung zu stärken und die soziale Sicherheit im Alter zu verbessern. Eine Einheits-
- 16 rente für alle ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur
- 17 Sicherung der Lebensqualität im Alter.

## Soz5 Abschaffung sämtlicher Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen **-zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für die Abschaf-
- 2 fung
- 3 sämtlicher Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen einsetzen soll.
- 4
- 5 Begründung: Die Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen führen zu ei-
- 6 ner
- 7 Ungleichheit bei der Verteilung der Beitragslasten und belasten insbesondere einkom-
- 8 mensstarke Personen weniger stark als einkommensschwache Personen. Dies wider-
- 9 spricht dem Prinzip der Solidarität und der Chancengleichheit im Sozialversicherungss-
- 10 system. Durch die Abschaffung sämtlicher Beitragsbemessungsgrenzen können die
- 11 Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen erhöht und die Finanzierungsbasis ge-
- 12 stärkt werden, ohne dass einkommensschwächere Personen übermäßig belastet wer-
- 13 den. Dies trägt zu einer gerechteren Verteilung der Lasten im Sozialversicherungssys-
- 14 tem bei und ermöglicht eine angemessenere Finanzierung der sozialen Sicherungssys-
- 15 teme. Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen ist ein wichtiger Schritt, um die
- 16 Solidarität im Sozialversicherungssystem zu stärken und die soziale Gerechtigkeit zu
- 17 fördern.

## **I-Infrastruktur**

### **I1 Vollständige Glasfaserabdeckung bis 2030 mit einer Zielquote von 100% -zurückgezogen, Beschlusslage-**

Antragsteller\*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress  
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis:  Angenommen  Abgelehnt  Überwiesen an

---

- 1 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass sich die SPD für eine vollstän-  
2 dige  
3 Glasfaserabdeckung bis 2030 mit einer Zielquote von 100% einsetzen soll.  
4  
5 Begründung: Eine schnelle und zuverlässige Internetverbindung ist heutzutage unver-  
6 zichtbar für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für Bildung, Arbeit und Freizeit.  
7 Die bisherige  
8 Breitbandinfrastruktur in Deutschland reicht jedoch nicht aus, um diesen Anforderungen  
9 gerecht zu werden. Um den digitalen Rückstand aufzuholen und die Chancengleichheit  
10 für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ist es notwendig, bis zum Jahr 2030  
11 eine vollständige  
12 Glasfaserabdeckung mit einer Zielquote von 100% zu erreichen. Glasfaser bietet im  
13 Vergleich zu  
14 Kupferleitungen deutlich höhere Übertragungsgeschwindigkeiten und eine stabilere Ver-  
15 bindung, was vor allem für ländliche Gebiete von entscheidender Bedeutung ist. Eine  
16 flächendeckende Glasfaserabdeckung stärkt nicht nur die Wirtschaft und den Standort  
17 Deutschland, sondern trägt auch zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Attrakti-  
18 vität des ländlichen Raums bei. Daher fordern wir, dass die SPD sich für eine zügige  
19 Umsetzung dieses ehrgeizigen Ziels einsetzt und alle notwendigen Maßnahmen er-  
20 greift, um eine vollständige Glasfaserabdeckung bis 2030 sicherzustellen. Hinweis: Die  
21 Investition in eine moderne Breitbandinfrastruktur ist eine Investition in die Zukunft und  
22 sollte daher prioritär behandelt werden, um die Digitalisierung in Deutschland voranzu-  
23 treiben und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.